

---

Joachim Weeber

## Der deutsche Sozialstaat: Besser als sein Ruf

---

*Dr. Joachim Weeber, geb. 1958 in Offenbach a. M., Studium der Volkswirtschaftslehre in Frankfurt a. M., ist Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordakademie in Elmshorn.*

---

### Veränderung der Rahmenbedingungen für den deutschen Sozialstaat

Die soziale Lage in Deutschland ist angespannt; die Auseinandersetzung um den richtigen Weg der Sozialpolitik wird heftiger. Die heutige Diskussion ist aber nichts Neues.<sup>1</sup> In Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche flammte regelmäßig eine Debatte um den Sozialstaat auf. Die Mitte der neunziger Jahre wieder neu entfachte Auseinandersetzung um den Sozialstaat hat dabei mehrere Ursachen. Zum einen sind erhebliche Kosten der deutschen Einheit über die Sozialversicherungssysteme finanziert worden. Weil die Sozialversicherungsbeiträge auf diese Weise auch Kosten der deutschen Einheit enthalten, überzeichnen die in der öffentlichen Diskussion üblicherweise verwendeten Daten für das Argument „Der Sozialstaat ist vor allem ein Kostenfaktor“ die tatsächliche Entwicklung. Diese systemwidrige Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben hat außerdem den Faktor Arbeit deutlich verteuert. Eine derart fehlerhafte Finanzierung gilt freilich nicht nur für die Vereinigungskosten, bereits früher sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie z.B. große Teile der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Umschulung, Höherqualifizierung) sowie Ausbildungszeiten in der Rentenversicherung, den beitragsfinanzierten Zweigen der sozialen Sicherung auferlegt worden.

Zum anderen haben sich Änderungen in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ergeben. Zahlreiche Schwellenländer sind als neue Konkurrenten auf den Gütermärkten hinzugekommen. Durch konkurrenzlos günstige Arbeitskräfte sind sie in der Lage, zahlreiche Massengüter und zunehmend auch international handelbare Dienstleistungen billiger als die traditionellen Industriestaaten auf den Weltmärkten anzubieten. Hinzu kommt, daß zahlreiche Handelsaktivitäten zwischen regional weit auseinanderliegenden Anbietern und Nachfragern durch die in den letzten Jahren entwickelten Informations- und Kommunikationstechnologien erst möglich geworden sind. Diese Entwicklungen sind nicht nur negativ zu bewerten. So sind diese Länder zu einem wichtigen Absatzmarkt für unsere hochwertigen Produkte geworden. Daß die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme in den ehemaligen (und vermutlich zukünftigen) Wachstumszentren Südostasiens auch zu Eintrübungen der

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa zur Sozialstaatsdiskussion in den siebziger Jahren: Transfer-Enquête-Kommission, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1981; sowie Heinz Lambert, Krise und Reform des Sozialstaates, Frankfurt a. M. 1997, S. 25 ff.

wirtschaftlichen Expansion in den traditionellen Industrieländern führen, belegt im übrigen die These, daß den traditionellen Industrieländern an wirtschaftlich aufstrebenden Ländern gelegen sein muß, um ihren eigenen Wohlstand zu mehren. Freier Außenhandel hat auch für die deutsche Wirtschaft per saldo positive Auswirkungen. Ganz anders sieht die Beurteilung für die Finanzmärkte aus. Hier haben sich von der realwirtschaftlichen Entwicklung abkoppelnde Finanzmärkte zu verzerrten Wechselkursen und Wechselkurssturbulenzen geführt, mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Industrieländer.<sup>2</sup>

Die deutsche Volkswirtschaft muß sich aber nicht nur diesen neuen veränderten Rahmenbedingungen stellen. Hinzu kommen weitere Entwicklungen, z.B. Änderungen in den Wertvorstellungen großer Teile der Bevölkerung (etwa mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen; Zunahme von Einpersonenhaushalten, kinderlosen Haushalten und nichtehelichen Lebensgemeinschaften), Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung, die zunehmende Bedeutung neuer Formen der Erwerbsarbeit (Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, Scheinselbständigkeit, usw.).

Es ist inzwischen unumstritten, daß als Folge dieser Entwicklungszum einen Eingriffe in den Sozialstaat notwendig sind, um ihn von Aufgabenstellungen befreien zu können, die sich aus historisch gut begründeten Maßnahmen gebildet haben, die aber durch den in den letzten Jahrzehnten erfolgten Wohlstandszuwachs großer Teile der Bevölkerung inzwischen weitgehend überflüssig geworden sind. Zum anderen hat der zunehmende Standortwettbewerb zu neuen Anforderungen an einen schlankeren Sozialstaat geführt, die auch von eher systembewahrenden Sozialpolitikern nicht ignoriert werden können.

Ein Problem der aktuellen Sozialstaatsdiskussion ist aber auch die ungenügende Berücksichtigung der Fakten, insbesondere wenn es um die angeblich zu hohen Kostenbelastungen der deutschen Volkswirtschaft durch einen vermeintlich ausufernden Sozialstaat geht.

### **Was sagt die Statistik?**

Zahlreiche Aussagen, die in der öffentlichen Diskussion immer wieder verwendet werden, entpuppen sich nach Betrachtung des Datenmaterials schlicht als falsch.<sup>3</sup> Dazu gehört die Behauptung, daß die Belastungen durch Sozialausgaben in den letzten Jahren besonders stark gestiegen seien. Der bekannteste Indikator zur Messung der Beanspruchung einer Volkswirtschaft durch den Sozialstaat ist die Sozialleistungsquote, die den Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt angibt. Gemessen an diesem Indikator ist das Argument der hohen Ausgabendynamik des heutigen Sozialstaates aber

---

2 Vgl. Hans-Jürgen Krupp/Joachim Weeber, Globalisierung und Sozialversicherung, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 11/1998.

3 Vgl. dazu ausführlicher Hans-Jürgen Krupp/Joachim Weeber, Die Zukunft des Sozialstaates vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung, in: Sozialer Fortschritt, Heft 11/1997.

falsch. Die Sozialleistungsquote lag 1997 in Westdeutschland vielmehr mit 31,7 Prozent deutlich unter dem Wert von 1975 (33,4 Prozent). Die immer wieder angeführte steigende Beanspruchung der deutschen Volkswirtschaft durch die Sozialausgaben ergibt sich nur bei Verwendung von gesamtdeutschen Zahlen (Tabelle 1). Hierin spiegeln sich aber die Belastungen wider, die durch die deutsche Vereinigung entstanden sind. Anders sieht das Bild aus, wenn man die Beitragssätze zur Sozialversicherung seit 1970 betrachtet. Sie stiegen seitdem kontinuierlich an, nach 1990 beschleunigte sich der Anstieg sogar noch. Hierin spiegelt sich vor allem eine Entlastung der staatlichen Haushalte zu Ungunsten der Sozialversicherungen wider, da die Transfers nach Ostdeutschland zu einem wesentlichen Teil systemwidrig aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Sozialversicherung finanziert worden sind.

**Tabelle 1:**

<b>Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup></b>			
<b>in Deutschland 1975 - 1997</b>			
	in Prozent		
	<i>Westdeutschland</i>	<i>Ostdeutschland</i>	<i>Gesamtdeutschland</i>
<b>1975</b>	33,4	.	.
<b>1980</b>	32,2	.	.
<b>1985</b>	31,4	.	.
<b>1990</b>	29,1	.	.
<b>1991</b>	28,7	60,2	30,9
<b>1992</b>	29,2	66,8	32,4
<b>1993</b>	30,4	60,6	33,5
<b>1994</b>	30,5	55,8	33,3
<b>1995</b>	31,3	55,1	34,0
<b>1996</b>	32,1	56,0	34,9
<b>1997</b>	31,7	54,5	34,4

Daten für 1995 und 1996 vorläufig, Daten für 1997 geschätzt.  
<sup>1)</sup> In jeweiligen Preisen.  
 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Auch die Behauptung, daß Deutschland im internationalen Vergleich einen besonders hohen Anteil seiner Wirtschaftskraft für soziale Leistungen verwenden würde, trifft nicht zu. Bezogen auf die Sozialleistungsquote nimmt Westdeutschland in Europa eine mittlere Position ein. Für Gesamtdeutschland sieht das Ergebnis aufgrund der Sonderentwicklung in den neuen Ländern ungünstiger aus (Tabelle 2). Bei einer zeitlichen Betrachtung wird das vermeintliche Argument von der internationalen Spitzenstellung Deutschlands im Bereich der Sozialausgaben weiter entkräftet. Die westdeutsche Sozialleistungsquote hat sich seit 1980 deutlich verringert - im Vergleich zu den anderen großen europäischen Industrienationen ein einzigartiger Erfolg.

Diese Fakten zeigen, daß mehr Sachlichkeit der Diskussion um den Sozialstaat gut tun würde. Selbstverständlich gibt es Handlungsbedarf: Es muß auf

**Tabelle 2:**

**Sozialleistungen in den EU-Ländern 1995**  
in % des Bruttoinlandsproduktes

<i>Irland</i>	19,9
<i>Portugal</i>	20,7 p
<i>Griechenland</i>	21,0 p
<i>Spanien</i>	21,9 p
<i>Italien</i>	24,6
<i>Luxemburg</i>	25,3
<i>Deutschland (West)</i>	26,4 <sup>1)</sup>
<i>Großbritannien</i>	27,7 *
<i>EU15</i>	28,4 *
<i>Deutschland</i>	29,4 p
<i>Belgien</i>	29,7 *
<i>Österreich</i>	29,7
<i>Frankreich</i>	30,6
<i>Niederlande</i>	31,6 p
<i>Finnland</i>	32,8 p
<i>Dänemark</i>	34,3
<i>Schweden</i>	35,6

p = vorläufiger Wert  
\* = geschätzter Wert  
<sup>1)</sup> Wert aus 1994

Quelle: Eurostat, Social Protection Expenditure and Receipts 1980-1995, Luxemburg 1998, S. 12.

die Belastungen reagiert werden, die durch Änderungen des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes entstehen.

### **Belastungen aus der Arbeitslosigkeit - das aktuelle Problem**

Die dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit ist das für die Bevölkerung sichtbarste Ergebnis der veränderten Rahmenbedingungen. Sie stellt die einschneidendste Belastung für den Sozialstaat dar. Im Jahre 1997 waren durchschnittlich fast 4,4 Mio. Menschen offiziell als Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert. Hinzu kam eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um über 1 Mio. Personen. Und weitere 1,9 Mio. Erwerbsfähige werden der sogenannten Stillen Reserve zugerechnet. Das Problem „Arbeitslosigkeit“ ist also größer, als es die offiziellen Zahlen vermuten lassen. Derzeit fehlen damit über 7 Mio. Arbeitsplätze.<sup>4</sup> Mit der Zunahme der Arbeitslosenzahlen sinkt aber die Zahl der Beitragszahler, die Zahl der Leistungsempfänger steigt dagegen an.

Aktuell ist damit die Arbeitsmarktsituation der Hauptgrund für steigende Soziallasten. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kostete die Arbeitslosigkeit im Jahre 1997 zusammen fast 166 Mil-

<sup>4</sup> Vgl. Hans-Uwe Bach/Eugen Spitznagel, Was kostet die Arbeitslosigkeit wirklich?, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Kurzbericht, Nr. 17, 27.10.1998, Nürnberg 1998.

liarden Mark. Jeder Arbeitslose verursacht damit direkte (z. B. Ausgaben für Arbeitslosengeld/-hilfe) und indirekte (z.B. Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben) Kosten von rund 38.000 Mark im Jahr.<sup>5</sup> Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich die Kosten der Arbeitslosigkeit gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft nahezu verdoppelt.

Es gibt keine Reform des Sozialstaats, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit alleine lösen kann. Eine Entwicklung, bei der immer mehr Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgegliedert werden und immer weniger Menschen zur Erzielung des benötigten Einkommens beitragen, stößt zwingend an Grenzen. Gelingt es nicht, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, kann auch der Sozialstaat auf Dauer nicht erhalten werden. Spätestens hier wird deutlich, daß die Diskussion um die aktuellen Probleme des Sozialstaats ganz entscheidend von den derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bestimmt wird. Ein schwaches Wirtschaftswachstum in Westdeutschland nach dem Vereinigungsboom<sup>6</sup> und strukturelle Verwerfungen sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Wirtschaft selbst machen eine nachhaltige und deutliche Erhöhung des Beschäftigungsstandes unmöglich. Hinzu kommt, daß der wirtschaftliche Aufholprozeß und damit die Minderung der Arbeitsmarktprobleme in den neuen Ländern im vergangenen Jahr ins Stocken geraten ist.

Eng verbunden mit dem Problem Arbeitslosigkeit ist auch der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses in Richtung einer deutlichen Zunahme von geringfügiger Beschäftigung, unsteten Arbeitsverhältnissen und von Scheinselbständigkeit.<sup>7</sup> Damit wird die notwendige Finanzierung der Sozialversicherungen weiter erschwert. Es bleibt hier nicht der Raum, über Motive des Einsatzes solcher Beschäftigungsformen zu diskutieren, gleichwohl ist die Attraktivität beispielsweise von geringfügiger Beschäftigung für Arbeitgeber nur allzu offensichtlich. Wird dagegen nichts unternommen, ist damit zu rechnen, daß die Zahl der atypischen Arbeitsverhältnisse weiter zunehmen wird. Eine solche Entwicklung schwächt die ausreichende Finanzierbarkeit des Sozialsystems.<sup>8</sup> Daher sind Initiativen der neuen Bundesregierung zur Überwindung dieses Problems zu begrüßen.<sup>9</sup> Ob sie ausreichend sind, wird sich zeigen müssen. Weitergehende Vorschläge sehen eine „Versicherungspflicht für alle“<sup>10</sup> vor.

---

5 Vgl. Hans-Uwe Bach/Eugen Spitznagel, Was kostet die Arbeitslosigkeit wirklich?, a.a.O.

6 Vgl. Jochim Weeber, Wann führt wirtschaftliches Wachstum zu mehr Beschäftigung?, in: Wirtschaftsdienst, Heft 3/1997, S. 180-184.

7 Zum Problem der steigenden Zahl der geringfügig Beschäftigten: Helmut Rudolph, Geringfügige Beschäftigung mit steigender Tendenz, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Werkstattbericht, Nr. 9/21.08.1998, Nürnberg 1998. Zum Thema Scheinselbständigkeit: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Empirische Befunde zur „Scheinselbständigkeit“, Bonn 1996, sowie Ralf Sitte, Neue Ansätze zur Eindämmung der „Scheinselbständigkeit“, in: Soziale Sicherheit, Heft 3/1997, S. 88-95.

8 Vgl. Gert Wagner, Alterssicherung im Wandel der Erwerbsgesellschaft - Menschen statt Arbeitsplätze versichern, in: Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein (Hg.), Innovationen für die Zukunft, Wissenschaftliches Symposium anlässlich des 65. Geburtstages von Hans-Jürgen Krupp, Hamburg 1998, S. 65-80.

9 Riester will Versicherungsfreigrenze auf 300 DM pro Monat drücken, Süddeutsche Zeitung vom 31.10.1998.

10 Hans-Jürgen Krupp, Langfristige Perspektiven der Alterssicherung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 10/1998, S. 582-590.

## Langfristige Belastung für den Sozialstaat - die demographische Entwicklung

Erst in den dreißiger und vierziger Jahren des nächsten Jahrhunderts werden die Fragen relevant sein, die heute im Mittelpunkt vieler öffentlicher Diskussionsrunden stehen: Die demographische Entwicklung wird zu einer deutlichen Veränderung der Altersstruktur in Deutschland etwa ab dem Jahre 2030 führen. Betroffen werden davon vor allem die Pflege-, die Kranken- und die Rentenversicherung sein. Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, daß kurzfristig helfende Maßnahmen den langfristig notwendigen genau entgegengesetzt sind.<sup>11</sup> So vergrößert eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit z.B. durch ein Hinausschieben des Ruhestandsalters die Arbeitslosigkeit und verschärft damit die aktuellen Probleme des Sozialstaats. Langfristig ist es genau umgekehrt: Wenn denn tatsächlich die Situation eintreten sollte, daß die Belastung des Sozialstaats darin besteht, daß zu wenig Erwerbstätige eine relativ zu große Zahl von Ruheständlern zu finanzieren haben, kann eine Erhöhung des Arbeitsvolumens pro Person und damit auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die zur Zeit schädlich sind, hilfreich sein. Allerdings, und dies wird häufig nicht deutlich genug dargestellt, ist nicht die Relation der mittleren zu den älteren Jahrgängen bedeutsam, sondern das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. Und dieses Verhältnis wird entscheidend durch die jeweilige ökonomische Lage bestimmt. In vielen Diskussionen wird übersehen, daß die deutsche Politik schon früh auf das demographische Problem reagiert hat. Dabei ist der Effekt des Rentenreformgesetzes 1992 deutlich größer als jener der Maßnahmen im Rahmen des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ und des Rentenreformgesetzes 1999. Insgesamt ist der maximal erforderliche Beitragssatz in der Rentenversicherung dadurch um rund ein Drittel reduziert worden. Er beträgt damit (wie oftmals behauptet) nicht mehr 36 Prozent, sondern lediglich rund 23,5 Prozent.<sup>12</sup> Zwar ist auch dieser Beitragssatz nach heutigen Maßstäben zu hoch, aber er bietet die gut begründbare Chance, mit weiteren Anstrengungen auf ein erträgliches Maß reduziert zu werden. Die Vorstellungen der neuen Bundesregierung, wie z.B. die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung durch die finanziellen Erträge der Ökosteuer zu ermöglichen, gehen in die richtige Richtung.

## Radikalmodelle zum Umbau des Sozialstaates

Sozialstaatsdiskussionen bringen in der Regel auch eine Fülle von Patentrezepten mit sich, die nicht neu und in der Praxis nicht realisierbar sind. Zu den unrealistischen Reformmodellen zählen insbesondere das Modell des Bürgergeldes<sup>13</sup>, die Umstellung der Rentenversicherung für die gesamte

---

11 Vgl. Krupp, Langfristige Perspektiven.

12 Vgl. Prognos AG, Auswirkungen veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland, Gutachten für den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Basel 1998.

13 Vgl. Joachim Mitschke, Steuer- und Sozialpolitik für mehr reguläre Beschäftigung, in: Wirtschaftsdienst, Heft 2/1995, S. 75-84.

Bevölkerung auf eine steuerfinanzierte Grundrente<sup>14</sup> bzw. auf das Kapitaldeckungsverfahren.<sup>15</sup> Zahlreiche Studien haben gezeigt, daß die Nachteile solcher radikaler Veränderungen des bestehenden Sozialsystems erheblich größer als ihre Vorteile sind.<sup>16</sup> Dies gilt vor allem dann, wenn von dem bereits bestehenden, in großen Teilen beitragsfinanzierten Sozialsystem ausgegangen wird. Andere Staaten, die etwa eine steuerfinanzierte Grundrente besitzen, haben sehr früh auf diese Form der Alterssicherung gesetzt oder haben diese Grundrente um weitere Formen der Absicherung ergänzt. Eine Lösung der derzeitigen, zum Teil überschätzten Probleme ist von solchen „Wundermitteln“ nicht zu erwarten. Die Diskussion über solche Modelle versperrt vielmehr die Sicht auf die wirklichen Ursachen der Krise.

### **Kurzfristige Handlungsnotwendigkeiten**

Der tatsächlich aktuelle Handlungsbedarf von Reformen im sozialen Sicherungssystem ist zwar vorhanden, aber weniger dramatisch als es die öffentliche Diskussion vermuten läßt. Reformen innerhalb des Systems der sozialen Sicherung sind durchaus machbar. So sind etwa durch die Alterssicherungskommissionen der großen politischen Parteien eine Reihe von systemimmanenten Vorschlägen zur Sanierung der Rentenfinanzen vorgelegt worden, die entweder Bestandteil des Rentenreformgesetzes'99 wurden oder in Gesetzesinitiativen mündeten. Die zum Teil gegensätzlichen Ansatzpunkte der verschiedenen Rentenreformkonzepte aus Politik und Wissenschaft zu diskutieren, würde einen eigenen Beitrag erfordern. Einigkeit herrscht aber unter anderem darüber, die sogenannten versicherungsfremden Leistungen zu überprüfen. Diese verschlingen gut ein Fünftel der Beitragseinnahmen aller Sozialversicherungszweige. Die Beitragssätze könnten bei einer Steuerfinanzierung daher insgesamt um 6 bis 7 Prozentpunkte niedriger sein. Alleine in der Rentenversicherung besteht trotz der teilweisen Kompensation durch die Anhebung des Mehrwertsteuernormalsatz am 1. April 1998 immer noch ein Steuerfinanzierungspotential von knapp 2 Prozentpunkten. Es muß aber auch geprüft werden, ob die darunter erfaßten Leistungen allesamt aufrechterhalten werden müssen. Eine Gegenfinanzierung der übriggeblie-

---

14 Vgl. Kurt Biedenkopf, Von der Arbeitnehmerrente zur Bürgerrente, vv. Ms, Dresden 1997; sowie Miegel, Meinhard, Sicherheit im Alter, Stuttgart 1981.

15 Vgl. Manfred Neumann, Wirtschaftliche und sozialpolitische Gestaltungsfragen der Altersvorsorge, in: Zeitschrift für die gesamte Versicherungswirtschaft, Heft 4/1998, S. 639-651; sowie für eine Einschränkung des bisherigen beitragsfinanzierten Alterssicherungssystems und den Aufbau eines kapitalgedeckten Anteils: Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Bonn 1998.

16 Vgl. Werner Tegtmeier, Alterssicherung-Umlageverfahren ohne Alternative?, in: Heinz P. Galler/Gert Wagner (Hg.), Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1998, S. 420-447; sowie Hans-Jürgen Krupp, Ist das Kapitaldeckungsverfahren in der Alterssicherung dem Umlageverfahren überlegen?, in: WSI-Mitteilungen, Heft 5/1997, S. 289-298; Hans-Jürgen Krupp/Joachim Weeber, Pro und Kontra Grundrente - Eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht, in: Deutsche Rentenversicherung, Heft 3-4/1997, S. 205-219; Joachim Weeber, Grundrente, vollständige Kapitaldeckung und Teilkapitaldeckung - Optionen für eine sichere Altersvorsorge in der Zukunft?, in: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 9-10/1997, S. 58-67; Joachim Weeber, Pro und Kontra „Bürgergeld“, in: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 11-12/1995, S. 47-52; sowie die in den aufgeführten Beiträgen jeweils zitierte Literatur.

benen Komponenten müßte schließlich aus allgemeinen Haushaltsmitteln erfolgen. Die Überprüfung versicherungsfremder Leistungen und die Herausnahme der restlichen Komponenten aus dem beitragsfinanzierten Leistungstopf der Sozialversicherungen wäre ein richtiger Weg.

Reformen innerhalb des Sozialstaates sind notwendig, aber Änderungen der Rahmenbedingungen sind genauso wichtig. Wenn die Probleme auf dem Arbeitsmarkt maßgeblich zu den heutigen Schwierigkeiten des sozialen Sicherungssystems beigetragen haben, dann ist eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt unverzichtbar für dessen Gesundheit. Welche Bedeutung eine verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt für die soziale Sicherung haben kann, wird am Beispiel der Rentenversicherung deutlich: So könnte aus der von der ehemaligen Bundesregierung angestrebten Halbierung der Arbeitslosenzahl eine Verringerung der Beitragssätze für die gesetzliche Rentenversicherung um etwa 2 Prozentpunkte resultieren. Doch auch die anderen Sozialversicherungen hätten erhebliche Mehreinnahmen zu erwarten.<sup>17</sup>

### **Sozialsystem als positiver Standortfaktor**

Zu einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört aber auch, die Vorzüge unseres Sozialsystems in die Standortdebatte einzubringen. Ein wichtiger Wachstumsbeitrag ist etwa in den positiven Auswirkungen des Gesundheitssystems auf den Faktor Arbeit ebenso wie in der Vermeidung von Unfällen durch Arbeitsschutz, der Verbesserung der Qualifikation durch Umschulung oder der Erleichterung des Strukturwandels durch begleitende Maßnahmen der sozialen Sicherung zu sehen.<sup>18</sup> Von besonderer Bedeutung ist auch der Beitrag zum sozialen Frieden, der zweifellos das Investitionsklima im Inland verbessert. So zeigen internationale Vergleiche deutlich auf, daß die Streikmentalität in Deutschland außerordentlich gering ist. Nahezu alle wichtigen Industrie- und Schwellenländer sind erheblich stärker durch Streiks betroffen.

Im übrigen zeigt sich, daß es gerade in den Ländern um den wohlfahrtsstaatlichen Konsens nicht zum besten steht, die in der öffentlichen Diskussion zum Sozialstaatsthema derzeit als Vorbilder hingestellt werden. In diesen Staaten gibt es tiefsitzende gesellschaftliche Probleme, eine niedrige Produktivität der Volkswirtschaft und ein erhebliches Maß an sozialer Ungleichheit, etwa in Form einer unausgewogenen Verteilung von Einkommen und Vermögen. Dies gilt nicht nur für die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nur ein breiter Konsens aller gesellschaftlichen Gruppen, auch was den Umbau unseres Sozialstaates betrifft, erhöht das Systemvertrauen in der Bevölkerung. Und dieses Vertrauen in die Berechenbarkeit unseres Sozial-

---

17 Vgl. zu weiteren Beispielen Joachim Weeber, Radikalreform oder Umbau des Sozialsystems?, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 4/1996, S. 209-227.

18 Vgl. Gerhard Kleinhenz, Der Beitrag der Sozialpolitik zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Systems der Sozialen Marktwirtschaft, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Passau 1997; sowie Franz-Xaver Kaufmann, Schwindet die Integrationskraft des Sozialstaates?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 1/1997, S. 2-14.



staates ist unverzichtbar, damit Deutschland von vergleichbaren Entwicklungen verschont bleibt.

Die wirklichen Bedrohungen liegen nicht im System der sozialen Sicherung selbst oder in der demographischen Entwicklung begründet. Vielmehr ist es die hohe Arbeitslosigkeit, die das bewährte System der sozialen Marktwirtschaft bedroht. Massenarbeitslosigkeit führt schließlich zu sozialen Spannungen, sie bedroht unsere Gesellschaft: Nicht der Sozialstaat, die Arbeitslosigkeit ist zu teuer.